

KLARTEXT ★ HALTUNG
MARCO BÜLOW

#SOZIALWENDE

MARCO BÜLOW

**ABGEORDNETER DES
DEUTSCHEN BUNDESTAGES**



Marco Bülow

Dortmunder Bundestagsabgeordneter

INHALTSÜBERSICHT

Ungleichheit in Deutschland

Einleitung

- 1. Arbeit und Leben**
- 2. Armut bekämpfen**
- 3. Gute Bildung für alle**
- 4. Eine Wirtschaft für uns**
- 5. Wohnen und Mieten**
- 6. Neues soziales Sicherungssystem**

Ungleichheit in Deutschland

Deutschland ist reich. Wir häufen riesige Vermögen an: ein Drittel aller Erbschaften in Höhe von 700 Milliarden Euro geht an die oberen 2 Prozent. Das Volkseinkommen, die Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, ist selbst zwischen 2013 und 2018 um mehr als zehn Prozent gestiegen (Statistisches Bundesamt 2019). Umso absurder, dass gleichzeitig die Ungleichheit in Deutschland besonders groß ist und die Armutsgefährdung sogar wächst. Eine »soziale Marktwirtschaft« gibt es längst nicht mehr – sie ist nur noch ein Mythos. Aus der Aufstiegs- ist zunehmend eine Abstiegs-gesellschaft geworden.

Profitlobbyist*innen und große Konzerne üben massiv politischen Einfluss aus und die Interessen der Normalbevölkerung oder gar der armutsgefährdeten Menschen werden in den Parlamenten immer weniger berücksichtigt. Dies führt zu einem starken Ungleichgewicht. Die obersten zehn Prozent besitzen knapp 60 Prozent des gesamten Vermögens in Deutschland, während sich die untere Hälfte der Bevölkerung nicht mal 1,5 Prozent teilen muss.

Wie gefährlich das soziale Auseinanderdriften ist, zeigt die Coronakrise wie unter einem Brennglas. Die Auswirkungen und die zumeist einseitige Hilfe wird diese Ungerechtigkeit weiter verstärken. Reichtum und Armut haben sich so stark manifestiert, dass vor allem die soziale Herkunft über Wohlstand entscheidet und sich Leistung häufig nicht mehr lohnt! Es bleibt zu befürchten, dass die mittelfristigen Folgen der Pandemie die Situation noch verschärfen.

Ich möchte in diesem Papier zeigen, was wir dringend verändern müssen. Die Bekämpfung von sozialer Ungleichheit ist neben der Abwendung der Klimakatastrophe die Hauptaufgabe für das nächste Jahrzehnt. Ich spreche in diesem Zusammenhang von Klimagerechtigkeit. Gerade reiche Menschen werden weniger von den Auswirkungen der Coronakrise, der wirtschaftlichen Krisen und der Klimakrise betroffen sein. Die Hauptleidtragenden beim Klimawandel sind diejenigen, die am wenigsten dazu beigetragen haben.

Soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit können und müssen wir uns leisten – aber dazu müssen wir uns mit den Mächtigen, den Lobbyist*innen und den Privilegierten anlegen. In den folgenden Kapiteln mache ich einige Vorschläge für konkrete Maßnahmen. Diese sind realistisch, vor allem aber ist notwendig: Wir brauchen eine wirkliche Sozialwende.

Mit solidarischen Grüßen,



Einleitung

Trotz der Umverteilung, die in den letzten Jahrzehnten von unten nach oben stattgefunden hat, war die Einnahmeseite des Staates bis zur Coronakrise ordentlich. Natürlich sind höhere Abgaben für besonders Vermögende gerechtfertigt – wir hätten aber auch so schon genug Geld für notwendige Maßnahmen, wenn wir das Geld nur richtig einsetzen und nicht nur vor allem die ohnehin schon privilegierten Gruppen berücksichtigt würden. Ein paar Punkte zur Veranschaulichung:

2019 wurde zum sechsten Mal in Folge ein Haushaltsüberschuss erzielt. Bis zur Pandemie 2020 hat der Bund jedes Jahr mehr eingenommen als ausgegeben. In der Coronakrise konnten sehr schnell mehrere große Milliardenpakete an Hilfeleistungen freigesetzt werden. Aber auch hier zeigt sich: Es wurden mehr Bundesmittel für große Unternehmen bereitgestellt, selbst wenn Unternehmen noch hohe Dividenden auszahlen konnten (Bundesfinanzministerium 2020).

Die Neuverschuldung ist natürlich deutlich angestiegen, dennoch zeigt ein Blick, welche Prioritäten man eigentlich setzen sollte. Jährlich geben wir etwa 50-60 Mrd. Euro für klima- und umweltschädliche Subventionen aus (Umweltbundesamt). Das ist Steuergeld, mit dem wir Ausnahmeregelungen und besondere Behandlungen für Konzerne und ganze Branchen finanzieren. Bauen wir diese schrittweise ab, kommt das der Umwelt zugute und setzt Ressourcen für sinnvolle Projekte frei.

Der Verteidigungsetat hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Zudem ist geplant, dass er weiter drastisch steigen wird, um schnell das 2-Prozent-Ziel der NATO zu erreichen. 2020 will die Bundesregierung mehr als 45 Mrd. Euro für Verteidigung ausgeben. Zum Vergleich: Für das Umweltministerium sind 3 Mrd. Euro vorgesehen (Bundesministerium der Finanzen 2020a). Der ganze Umwelthaushalt für 2020 ist mit unter 3 Mrd. Euro nicht einmal halb so groß, wie allein der Verteidigungsetat 2019 und 2020 erhöht wurde – um rund 6,68 Mrd. Euro. Offensichtlich ist genug Geld für eine vernünftige Sozial- und Umweltpolitik da, die Prioritäten stimmen nur nicht.

Eine EU-weite Finanztransaktionssteuer von nur 0,1 Prozent auf Aktienhandel und 0,01 Prozent auf Derivate würden allein für Deutschland 12 bis 17 Mrd. Euro Mehreinnahmen bedeuten (Bürgerbewegung Finanzwende 2019). Es gibt also Möglichkeiten, in soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz zu investieren. Wir müssen nur damit aufhören, den Handel an Finanzmärkten zu stärken und stattdessen ein klima-soziales Wirtschaftssystem schaffen.

Es gibt immer noch viel zu viele Steuerschlupflöcher, vor allem für große Konzerne. Wir müssen schnell Wege finden, diese zu schließen, und das Geld in die Staatskasse zu bringen. Die Milliarden von entgangenen Steuereinnahmen stehen den Bürger*innen zu!

1. Arbeit und Leben

Was falsch läuft

Viele Menschen wurden in den letzten zehn Jahren in ihrer beruflichen Entwicklung abgehängt. Deutschland hat einen der größten Niedriglohnsektoren überhaupt aufgebaut. Neun Millionen Menschen – das ist fast ein Viertel der Beschäftigten – arbeitet im Niedriglohnsektor. Viele davon in prekären Arbeitsverhältnissen wie Mini-Jobs (Grabka/Schröder 2019). Die Arbeitsbedingungen in sehr vielen Branchen werden schlechter: unbezahlte Überstunden, ungleiche Löhne in Ost und West, für Frauen und Männer, weniger Lohn für Leiharbeiter*innen. Auch hier wird das Coronavirus die Situation verschärfen, obwohl gerade die schlecht bezahlten Jobs in der Pflege, in den Krankenhäusern, im Einzelhandel etc. so wichtig sind und schon immer waren. Auch viele Selbstständige, Kleinunternehmer*innen und Medien- und Kulturschaffende müssen um ihre Existenz und Zukunft bangen.

Sachgrundlose Befristung: Etwa 1,6 Mio. Beschäftigte sind ohne sachlichen Grund befristet angestellt (IAB 2018). Während der Arbeitsdruck steigt, hält die Entwicklung des Nettolohns nicht mit. Fast jede*r vierte Beschäftigte erhält einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle (Grabka/Schröder 2019). Das sind 46 Prozent mehr als 1995. Gleichzeitig erhalten die obersten Führungskräfte immer mehr Geld. Die Vorstandsvorsitzenden von DAX-Unternehmen verdienen im Durchschnitt 97-mal so viel wie ihre Angestellten (IMU 2018). Das ist völlig absurd.

Mindestlohn: Der Mindestlohn von jetzt 9,35 Euro reicht dagegen kaum zum Leben und führt zu Altersarmut. Und obwohl die Einhaltung Pflicht ist, ergeben Hochrechnungen, dass 2017 1,3 Mio. Arbeitnehmer*innen einen Stundenlohn unter Mindestlohn hatten (Fedorets et al. 2019). Fakt ist: Trotz sinkender Arbeitslosigkeit steigt die Armutsquote in Deutschland. Es kann nicht sein, dass Arbeit nicht davor schützen kann und fast jede*r Zehnte neben der Erwerbstätigkeit auf Sozialtransfers angewiesen ist (Statistisches Bundesamt 2019a). Das ist mehr als noch 1995.

Tarifverträge: Die Zahl der Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen sinkt (Bundesregierung 2019). Es ist inakzeptabel, dass Arbeitgeberverbände hiergegen ein Vetorecht haben.

Ungleichheit zwischen den Geschlechtern: Frauen werden am Arbeitsmarkt immer noch benachteiligt. Das zeigt nicht nur ein angepasster Gender Pay Gap von sieben Prozent (WSI 2019), sondern auch, dass es an Möglichkeiten fehlt, Familie und Beruf zu vereinen. Frauen arbeiten mehr in Teilzeit, gleichzeitig übernehmen sie mehr unbezahlte Sorgearbeit im Haushalt (BMFSFJ 2019). Es fehlt an der nötigen Infrastruktur, wie Ganztagschulen und Kitaplätzen, damit Chancengleichheit herrscht. Vor allem in der Coronakrise zeigt sich: Frauen sind in den systemrelevanten aber schlecht bezahlten Berufen, wie in der Pflege, bei sozialen Trägern oder im Einzelhandel tätig. Eine Aufwertung von sorgenden Berufen ist dringend notwendig und längst überfällig.

Wie es besser geht

Gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne müssen für eine so reiche Gesellschaft selbstverständlich sein. Dazu gehören u. a. eine kontinuierliche Weiterbildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Zeitsouveränität der arbeitenden Menschen, Ausbau der Mitbestimmung und Stärkung der Tarifbindung. Der Niedriglohnsektor muss abgeschafft werden.

Hinzu kommt, dass die Digitalisierung den Arbeitsmarkt grundlegend verändern wird. In unserer jetzigen Arbeitswelt und Systemlogik könnte sie dazu führen, dass vor allem Menschen in schlecht entlohnten Berufen ihre Arbeit verlieren. Trotz zunehmender Produktivität würden Einkommen und vor allem Vermögen dann noch ungleicher verteilt. Dazu müssten wir jetzt Konzepte entwickeln. Radikale Arbeitszeitverkürzungen, ein Grundeinkommen, ein völlig alternatives Arbeitssystem sind möglich und müssen verhandelt werden.

Meine konkreten Forderungen

- Höherer Mindestlohn: mindestens 12,63 Euro pro Stunde muss man verdienen, um laut Angaben des Bundestages nicht in Altersarmut zu fallen. Das wäre also das Mindeste! Mit strikten Kontrollen müssen wir sicherstellen, dass der Mindestlohn nicht mehr umgangen wird. Ich schlage vor, ihn Lebenslohn zu nennen: ein Lohn, der für ein gutes Leben reicht. Das muss unser Ziel sein. Nicht schrittweise, sofort!
- Equal Pay – Gleicher Lohn für Frauen und Männer und auch bei der Zeitarbeit: Frauen müssen auch beim Lohn endlich gleichgestellt werden. Hierfür ist eine Änderung des Entgelttransparenz-Gesetzes notwendig. Außerdem müssen bessere Rahmenbedingungen geschaffen und Sorgearbeit aufgewertet werden. Auch Zeitarbeiter*innen müssen bereits ab dem ersten Tag bei vergleichbaren Tätigkeiten finanziell gleichgestellt sein, nicht erst nach neun Monaten.
- Ausbildungsberufe allgemein und Jobs gerade im Bereich von Erziehung, Pflege, Gesundheit und Sicherheit müssen aufgewertet werden.
- Sachgrundlose Befristungen müssen verboten werden. Eine Eignung der Beschäftigten lässt sich auch in der Probezeit feststellen.
- Lohnunterschiede in Unternehmen auf ein noch akzeptables Maß begrenzen: Ein Vorstandsvorsitzender sollte maximal das 20-fache seiner schlechtbezahltesten Angestellten verdienen dürfen. Wenn es Boni gibt, muss es auch Sonderzahlungen an die Belegschaft geben.
- Wir müssen uns auf die fortschreitende Digitalisierung vorbereiten:
 - Mittelfristig die 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich: Schließlich arbeiten einige viel zu viel, dafür sind andere arbeitslos. Wir müssen Arbeit und Zeit gerecht umverteilen und dafür sorgen, dass in Zukunft alle in Beschäftigung sein können. Außerdem sind wir Studien zufolge (The Four-Day Week 2019) in vier Tagen Arbeit sogar produktiver und haben weniger Stress.
 - Grundeinkommen müssen wir breit testen und erforschen: Die Diskussion um ein Grundeinkommen ist daher wichtig und muss forciert werden. Dabei sollten verschiedene Formen eines Grundeinkommens ausprobiert und evaluiert werden.

2. Armut bekämpfen

Was falsch läuft

Trotz der langen stabilen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland fühlen sich immer mehr Menschen abgehängt. Seit Jahren steigt die Armutsquote. Dabei nimmt die Anzahl der Menschen, die dauerhaft arm oder dauerhaft reich sind, zu (Spannagel 2018). Hiervon sind besonders Kinder betroffen: Jedes fünfte Kind lebt in dauerhafter oder wiederkehrender Armut (Bertelsmann Stiftung 2020). Etwa 1,5 Mio. Menschen nutzen hierzulande beispielsweise die Tafel (Tafel Deutschland 2020). Mittlerweile wird das im Hartz-IV-System mit einkalkuliert. Jede zweite Rente beträgt weniger als 900 Euro. Viele Menschen können sich z.B. zuzahlungspflichtige medizinische Behandlungen nicht leisten oder unerwartete Reparaturen der Waschmaschine nicht aus Rücklagen bezahlen. Das Schlimmste ist: Armut und Reichtum werden zu großen Teilen auch vererbt.

Die Armutsgefährdung von alleinerziehenden Menschen ist 20 bis 30 Prozent höher als von Paarhaushalten mit Kindern (Hans Böckler Stiftung 2015). Ohne Partner oder Partnerin sind Beruf und Familie in Deutschland nur schwer zu vereinbaren. Der Unterhaltsvorschuss, der bei Kindern bis 5 Jahre beispielsweise 165 Euro beträgt (BMFSFJ 2020), reicht nicht aus, um Alleinerziehende bei fehlendem oder unregelmäßigem Unterhalt zu entlasten. Und auch Kinderfreibeträge für Alleinerziehende sind zu niedrig. Hier muss es mehr Unterstützung geben.

Lobbyismus macht auch vor dem Thema Armut und Reichtum nicht Halt. Das zeigt der Armuts- und Reichtumsbericht. Es kann nicht sein, dass wichtige Details, wie größere Einflussnahme von reichen Menschen auf politische Entscheidungen, geschönt werden (Lobbycontrol 2017).

Wie es besser geht

Wir müssen uns als Gesellschaft für die Schwächeren verantwortlich fühlen. Dazu gehört, dass wir die Augen nicht verschließen, Teilhabe für alle sicherstellen und Menschen in herausfordernden Situationen nicht allein lassen. Zur Wahrheit gehört auch, dass Hartz-IV in der jetzigen Form abgeschafft und durch ein anderes soziales Sicherungssystem ersetzt werden muss. In Deutschland sind mehr als 600.000 Menschen wohnungslos (mehr als 40.000 leben auf der Straße) (Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. 2019). Wir brauchen eine bundesweite Strategie, um Wohnungslosigkeit nicht nur zu beenden, sondern auch präventiv zu verhindern.

Wichtig ist deshalb auch ein transparenter Armuts- und Reichtumsbericht. Wir brauchen Zahlen und Fakten zu Armut, um zu erkennen, wo wir handeln müssen. Vor allem Vermögensangaben werden vielfach geschätzt. Auch hierüber muss Transparenz herrschen. Zudem muss die Forschung erweitert werden, denn Zahlen über das Vermögen liegen nur sehr bedingt vor. Ich will nicht in einer Gesellschaft leben, in der alle nur noch an sich und ihren Vorteil denken. Gelebte Solidarität ist nicht nur ein ideeller Wert, sondern auch extrem wichtig für unseren

gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es wird deutlich: Wir brauchen ein Sofortprogramm, um Armut zu bekämpfen. Wie bei der Reduzierung von Klimagasen brauchen wir auch bei der Reduzierung der Armut klare, überprüfbare Zielvorgaben.

Meine konkreten Forderungen

- Ein Sofortprogramm zur Armutsbekämpfung schaffen: In einem so reichen Land wie Deutschland muss Ziel sein, die Armut in fünf Jahren zu halbieren!
- Hartz-IV in der jetzigen Form abschaffen und ersetzen durch ein soziales Sicherungssystem, das seinen Namen verdient. Einige konkrete Schritte auf dem Weg dorthin:
 - Verdopplung des viel zu geringen Budgets für Schulausstattung, Sportverein, Musikunterricht, Freizeitangebote, etc., welches für Kinder und Jugendliche neben dem Regelbedarf vorgesehen ist und gesondert beantragt wird («Bedarfe für Bildung und Teilhabe« nach § 28 SGB II). Außerdem darf das Verfahren nicht so kompliziert und abschreckend sein.
 - Anhebung der Mietzuschüsse: zahlreiche Haushalte müssen Geld aus der Grundsicherung abzweigen, da die immer krasser steigenden Mieten nicht mehr vollständig übernommen werden. Der reguläre Hartz-IV-Satz ist aber keinesfalls so berechnet, dass Mietkosten davon bestritten werden sollen oder können. Das Geld fehlt dann an anderer Stelle.
 - Schonvermögen verdoppeln: Wird man gezwungen, erst jeglichen Besitz zu verlieren, bevor man Hilfe bekommt, verfestigt das die verheerende Situation der Menschen.
 - Unverhältnismäßige Sanktionen sollen laut Bundesregierung abgeschafft werden. Wir müssen genau überprüfen, ob das Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt wird.
- Teilhabe garantieren: massiver Ausbau von niedrigschwelligen (weil nicht beitragsintensiven) Sport- und Freizeitangeboten, Jugendeinrichtungen, Austauschprogrammen und Bildungsreisen, Berufsberatung, Extremismus- und Gewaltprävention. Auch müssen Behörden und Einrichtungen alle Angebote und Informationen in einfacher und verständlicher Sprache zur Verfügung stellen.
- Aufstockung und Sicherung der Stellen für Schul- und Familiensozialarbeiter*innen: Für manche Kinder ist es wichtig, dass es auch außerhalb der Familie Institutionen gibt, die im Zweifelsfall unterstützend zur Seite stehen. Der Bund muss sich an dieser Aufgabe beteiligen – er darf sich aus dieser Verantwortung nicht zurückziehen!
- Wir brauchen eine nationale Strategie, um Wohnungslosigkeit nicht nur zu beenden, sondern auch präventiv zu verhindern. Ähnlich wie in Bielefeld muss es in allen Städten ein breit aufgestelltes Netz geben, das verschiedenen Formen von Wohnungslosigkeit entgegenwirkt, Wohnraum schafft und auch sozialen Rückhalt in einer so schwierigen Lebenssituation bietet.

3. Gute Bildung für alle

Was falsch läuft

Auch wenn Bildungspolitik weitestgehend in der Verantwortung der Länder steht, ist Bildung ein wichtiger Faktor bei der hohen Ungleichheit bei uns. Dieses Bildungssystem ist nicht gerecht zu unseren Kindern. Obwohl hierzulande alle über die formal gleichen Rechte verfügen, sind Chancen ungleich verteilt. Die eigenen Aufstiegsperspektiven sind nach wie vor vom familiären Hintergrund abhängig. So manifestieren sich bestehenden Strukturen. Kinder, deren Eltern bereits studiert haben, besitzen deutlich bessere Chancen ein Gymnasium zu besuchen als Kinder, deren Eltern einen niedrigen Bildungsstand haben. Auch Kinder mit Migrationshintergrund haben eine geringere Wahrscheinlichkeit, zu den Bildungsaufsteigern zu gehören. Oft verbleiben Kinder unabhängig von ihren Fähigkeiten und ihrer Entwicklung auf einer Schule, die ihnen keine weitere Entwicklungsmöglichkeit bietet. Gleichzeitig hat es die Politik versäumt, berufliche Bildung sowohl in ihrem gesellschaftlichen Ansehen als auch in ihrer Vergütung aufzuwerten.

Auch bei der frühkindlichen Bildung herrschen große Unterschiede zwischen den Bundesländern. Trotz des seit 2013 geltenden Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz fehlen bundesweit etwa 320.000 Kita- und Krippenplätze (Geis-Thöne 2019). Es mangelt nicht nur an Erzieher*innen, sondern auch an einer gerechten Entlohnung für die Arbeit.

Wie es besser geht

Jedes Kind hat ein Recht darauf, mit gleichen Bildungschancen in eine komplexe Welt entlassen zu werden. Ziel muss es daher sein, dass der Bildungserfolg eines Kindes nicht mehr länger vom Geldbeutel und der Bildung der Eltern abhängt. In strukturschwachen Stadtteilen muss massiv in schulische als auch außerschulische Bildung investiert werden, um die soziale Spaltung nicht weiter zu verschärfen. Am Ende einer jeden Schulkarriere muss stehen, dass jedes Kind im Rahmen der eigenen Fähigkeiten gefördert wurde und einen Schulabschluss gemacht hat.

Jugendliche ohne ein unterstützendes Elternhaus haben es oftmals schwerer, sich im Dschungel des Alltags zu orientieren und geraten dadurch öfter in Armutfallen oder prekäre Situationen. In der Schule sollte es diesen Jugendlichen ermöglicht werden, auch Selbstständigkeit zu lernen und allen damit auch vergleichbare Chancen auf dem Arbeitsmarkt einzuräumen.

Gleichzeitig darf der Maßstab unseres Bildungssystems nicht (nur) das mögliche künftige Berufsleben sein. Vielmehr muss durch Talent- und Begabungsförderung die Persönlichkeitsbildung im Mittelpunkt jeder Bildungseinrichtung stehen. In Zeiten, in denen wir die Herausforderungen unserer künftigen Gesellschaft nur ansatzweise erahnen können, ist es unsere Aufgabe, junge Erwachsene als mündige, kritische und reflektierte Menschen in eine Welt zu entlassen, in der sie sich eigenständig orientieren können.

Meine konkreten Forderungen

- Gute frühkindliche Bildung für alle: jedes Kind hat ein Anrecht auf einen Kita-Platz! Dazu gehört:
 - Kapazitäten aufbauen und Kita-Zeiten dem Bedarf der Eltern anpassen.
 - Ein niedriger Betreuungsschlüssel.
 - Ein deutlich höherer Mindestlohn für Erzieher*innen. Speziell ausgebildetes Personal zur sprachlichen Förderung muss in jeder Kita vorhanden sein.
 - Die Höhe des Beitrags für einen Kitaplatz muss einkommensabhängig sein.
 - Eine besondere Förderung in der Vorschulzeit, vor allem für Kinder mit sprach- oder kognitiven Barrieren.
- Bessere Kinderbetreuung in der Schule. Dazu gehört:
 - Eine qualitative Ausweitung des Angebots von Ganztagschulen.
 - An jeder Schule muss es Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen und Integrationshelfer*innen geben, um Problemlagen aufzufangen und professionelle Hilfe zu leisten. Außerdem benötigen wir speziell ausgebildetes Personal zur sprachlichen Förderung in jeder Schule.
 - Inklusives Lernen: in kleinen Klassen mit mehreren Lehrkräften sollen Kinder mit und ohne Beeinträchtigung gemeinsam miteinander lernen können. Dafür muss das Personal ausgebildet und aufgestockt werden.
- Gleiche Bedingungen schaffen: wenn wir die Kinder schon früh in unterschiedliche Schulen einsortieren, ist ihr Lebensweg festgeschrieben. Um Prävention und Chancengleichheit herzustellen, müssen wir vor allem in die Grundschulen investieren und über längeres, gemeinsames Lernen nachdenken. Ungleichheitssensible Konzepte müssen an jeder Schule erarbeitet und zur Bewertung herangezogen werden.
- Aufwertung der Ausbildung: Es muss ausreichend Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen geben. Gleichzeitig muss die Ausbildung aufgewertet werden. Hierzu zählt, dass es dieselben Angebote und Vergünstigungen geben muss wie für Studierende. Vor allem aber müssen die Ausbildungsbedingungen verbessert werden, dazu gehört ein Gehalt, von dem man leben kann. Es fehlt an so vielen Berufen, das müssen wir ändern!
- Mehr Geld für Bildung: Chancengleichheit herzustellen, kostet Geld. Nachdem es 2019 endlich zu einer Lockerung des Kooperationsverbotes gekommen ist, muss der Bund nun großzügigeres Budget zur Verfügung stellen. Es muss insbesondere in das unterrichtliche Angebot, die Ausstattung und die Qualität unserer Schulen und Kindergärten und in die Schulsozialarbeit fließen. Digitale Ausstattung, Sanierungen oder schlichtweg personelle Ausstattung sind nur einige Herausforderungen. Unsere Kinder müssen uns das Geld wert sein.

4. Eine Wirtschaft für uns

Was falsch läuft

Die »soziale Marktwirtschaft« ist ein Mythos. Weder ist sie sozial, noch regelt der Markt die grundlegenden Bedürfnisse nach Gesundheit, Bildung, Wohnen, Mobilität, Energie und Teilhabe. Der Markt regelt allein gar nichts und freie Marktwirtschaft herrscht höchstens bei Selbstständigen und bei kleinen und mittelständischen Unternehmen. Große Konzerne werden zur Not gerettet, erhalten Vergünstigungen und Subventionen und handeln dennoch häufig verantwortungslos. Sie investieren immer weniger ihrer Profite in die reale Wirtschaft und ihre Belegschaft, sondern parken ihr Geld in Steueroasen oder Fonds und zocken auch noch damit. Ihr Lobbyeinfluss auf politische Entscheidungen ist groß. Unsere Daseinsvorsorge wird zum Teil auf den Finanzmärkten verspekuliert. Wohin Privatisierungen und die Durchökonomisierung auch sensibler Bereiche wie des Gesundheitssystems führen, erfahren wir in der Coronakrise deutlich.

Wie es besser geht

Wir wollen eine Wirtschaft, die gerecht und zukunftsfähig ist. Wir brauchen keine marktkonforme Demokratie, sondern eine Wirtschaft, die den Menschen dient. Es muss eine Abkehr geben von der bisherigen Orientierung, dass Gewinne privatisiert und Risiken vergesellschaftet werden. Alle Menschen müssen am Wohlstand teilhaben, der Mittelstand und die kleinen Unternehmen müssen mehr gefördert werden und dürfen große Unternehmen gegenüber nicht benachteiligt werden. Wir brauchen die klugen Ideen von vielen, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Es gilt, alte Denkmuster von Konkurrenz und purem Wettbewerb zu überwinden. Maximale Profite für eine Minderheit sind keine funktionierende Wirtschaft. Die Sparpolitik des Staats ist kein Naturgesetz und verbaut unsere Zukunft.

Meine konkreten Forderungen

- Wirtschaftliche Grundrechte für alle: Grundlegende Bedürfnisse können wir jenseits von Profitmaximierung und Marktlogik erfüllen. Das bedeutet, die Daseinsvorsorge auszubauen und für alle zu garantieren. Keine Privatisierung von Krankenhäusern, Bildung und Wissenschaft, der Rentenvorsorge (die Riester-Rente abschaffen) und der öffentlichen Infrastruktur. Dazu gehört auch eine grundlegende digitale Infrastruktur, denn die Gesellschaft wird immer vernetzter und Daten sind zentrales Gut.
- Ein Plan für Klimagerechtigkeit: Wir müssen unsere Wirtschaft schnell umbauen, um saubere Energie, umweltfreundlichen Verkehr und nachhaltige Produktion zu erreichen. Deswegen brauchen wir massive öffentliche Investitionen und grüne Jobs. Dafür brauchen wir einen Investitionsfonds - einen Zukunftsfonds -, der in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Klimaverbänden entwickelt wird. Wir stoppen umweltschädliche Subventionen, leiten die Euros der Zentralbanken in unsere Zukunft statt in Finanzblasen, besteuern die extrem gestiegenen Vermögen der Reichsten und nutzen Kredite, um Vermögenswerte für die nächsten Generationen zu schaffen.

- Der Staat gehört uns: Transparenz und demokratische Beteiligung sind elementar, um gemeinsam eine neue Wirtschaft für die Zukunft zu schaffen. Die realen Bedürfnisse der Menschen müssen sich in der öffentlichen Planung widerspiegeln. Einzelne Profitlobbyist*innen dürfen keinen übermäßigen, einseitigen Einfluss nehmen. Dazu müssen klare Regelungen getroffen werden, dazu habe ich einen [Kodex verfasst](#).
- Klare Regeln: Die Demokratie muss klare und wirksame Regeln setzen, zum Schutz des Gemeinwohls und der ehrlichen Unternehmen. Finanzkriminalität, wie der Steuerraub mit Cum-Ex oder systematische Steuertricks der Konzerne, zerstört das Gemeinwesen und gehört hart bestraft. Wir brauchen eine Finanzwende, die Banken, Schattenbanken, Fonds und Co. effektiv reguliert, Risiken strikt begrenzt und die Anbieter*innen im Dienst der Realwirtschaft bzw. der Allgemeinheit organisiert.
- Mitbestimmung statt Ausbeutung: Unsere Arbeit schafft unseren Wohlstand. Produktivitätsgewinne gehören denen, die sie erarbeiten: es braucht echte Mitsprache der Beschäftigten. Ich fordere daher eine Wirtschaftsdemokratie. Mindestens eine Sperrminorität der Unternehmen sollte der Belegschaft gehören. Das begrenzt Macht und fördert langfristig nachhaltiges Wirtschaften.
- Steuergerechtigkeit: Durch Steuern finanzieren wir gemeinsames Vermögen – Schulen, Straßen und Gesundheitsversorgung. Eine gerechte Besteuerung korrigiert zudem die stark ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen. Politisch ist Umverteilung unabdingbar, um übermäßige Machtkonzentration zu vermeiden, welche letztlich die Demokratie gefährdet.
- Eine zukunftsgerichtete Industriepolitik, Förderung der Grundlagenforschung und öffentliche Beteiligung an Unternehmen. Zudem müssen Soloselbständige und regionale Kleinunternehmen gefördert und entlastet werden.
- Global denken, lokal handeln: Unsere Zukunftswirtschaft wäre am besten europa- und weltweit organisiert. Wir brauchen faire Handelsabkommen statt TTIP, CETA und Co, solidarische Wirtschaftsbeziehungen, einen Rückbau von Rüstungsindustrie und ein Ende von Waffenexporten. Kommunen müssen gestärkt und eigene Wirtschaftsstandorte lokal von den dort lebenden Menschen betrieben werden. Das ist nachhaltiger und gerechter.

5. Wohnen und Mieten

Was falsch läuft

Bezahlbares Wohnen ist in Deutschland wieder zur sozialen Frage geworden. Während manche Regionen unter starken Schrumpfungsprozessen leiden, gibt es heute in begehrten Stadtteilen und Quartieren schlichtweg Wohnungsnot. Dabei ist der Mangel an Wohnraum längst nicht mehr nur ein Problem der Großstädte. Die Zahl der gebauten Wohnungen steigt – diese sind jedoch oft teure Eigentumswohnungen und Appartements. Sozialwohnungen fallen weg, was besonders Menschen mit geringen Einkommen/Renten, Familien, Studierende/Auszubildende hart trifft. In deutschen Großstädten fehlen insgesamt 1,9 Mio. bezahlbare Wohnungen (Hans Böckler Stiftung 2018). Drastische Mieterhöhungen oder überteuerte Sanierungen verdrängen Bewohner*innen aus ihren bezahlbaren Wohnungen in ihren angestammten Quartieren. Mietwohnungen werden zu Handelsobjekten von börsennotierten Wohnungskonzernen (auf Kosten der Mieter*innen). Die Mieten sind bundesweit 2019 um 4 Prozent gestiegen (Handelsblatt 2019). Gleichzeitig machten große Wohnungskonzerne letztes Jahr 10 Prozent mehr Gewinn als im Vorjahr, trotz geltender Mietpreiskontrolle in den meisten größeren Städten (Handelsblatt 2019a, ebd. 2020 und ebd. 2020a).

Wie es besser geht

Eine soziale Quartierspolitik muss als Teil der Daseinsvorsorge höchste Priorität haben. Ein Ziel guter Stadtentwicklungspolitik besteht darin, allen Menschen – unabhängig von Alter, Gesundheitszustand, Einkommen und Herkunft – den Zugang zu Wohnraum zu ermöglichen. Die Mieten dürfen nicht wesentlich schneller steigen als die Einkommen der Menschen, denn sonst wird die Finanzierung von Wohnraum für viele schlichtweg unmöglich. Das sich massiv verschärfende Problem der Wohnungslosigkeit muss endlich angegangen werden. Ebenso brauchen wir strikte Grenzen für die skrupellosen Geschäftsmodelle großer, privater Wohnungsunternehmen. Boden ist keine Ware wie jede andere. Er ist nicht vermehrbar. Aus diesem Grund ist eine strikte Regulierung nicht nur gerechtfertigt, sondern auch geboten. Gemeinwohlorientiertes Handeln im Quartier sollte hingegen belohnt werden, z.B. durch einen erleichterten Zugang zur Förderung.

Meine konkreten Forderungen

- Schutz bei Modernisierungen: Beschränkung der Modernisierungsumlage dauerhaft und überall auf max. 5 Prozent (statt 8 Prozent) der Modernisierungskosten bei gleichzeitiger Beschränkung der Mieterhöhung nach Modernisierungen auf monatlich max. 1,50 Euro pro Quadratmeter (statt 3 Euro) innerhalb von sechs Jahren.
- Sozialen Wohnungsbau stärken: Mindestens sechs Mrd. Euro investieren - vor allem in zentralen Lagen - und an lange Sozialbindungen von 40 Jahren koppeln. Quoten einführen für verpflichtende Anteile sozial gebundener Wohnungen bei größeren Neubauprojekten in Großstädten. Verlängerung der auslaufenden Sozialbindungen bei bestehenden Sozialwohnungen gegen Ausgleichszahlungen.

- Mietpreisbremse nachbessern und flächendeckend einführen: Auch für Neuvermietungen und für möblierte Wohnungen, ohne Ausnahmen und zeitliche Befristungen bzw. Verjährungen. Überhöhte Neuvermietungspreise müssen eine Ordnungswidrigkeit darstellen, durch die Kommunen überprüfbar sein, zu massiven Sanktionen führen und den Mieter*innen vollständig rückerstattet werden. In angespannten Ballungsgebieten zeitlich befristete Mietendeckel prüfen: Den Ansatz Berlins rechtssicher in anderen Gebieten anwenden.
- Reform der Vergleichsmiete: Anhebung des Betrachtungszeitraums für die Vergleichsmiete auf mindestens 10 Jahre statt wie bisher 4 Jahre, so dass die hohen Neuvermietungsmieten der letzten Jahre nicht mehr einen so stark erhöhenden Einfluss auf die Vergleichsmiete haben und der mietspiegelbedingte Anstieg der Mieten sich verlangsamt. Erlass verbindlicher Kriterien für einen qualifizierten Mietspiegel, den alle Kommunen verbindlich einführen und kontrollieren müssen.
- Vorrang von gemeinwohlorientierten Trägern bei der Vergabe öffentlicher Grundstücke: Zwingende Berücksichtigung der geplanten Miethöhe und Umwelt-/energetische Aspekte anstatt des höchsten Gebots.
- Spekulativen Leerstand verhindern: In angespannten Regionen sollten die Kommunen nach einjährigem, spekulativem Leerstand die Wohnungen zwangsweise wieder dem Mietmarkt zuführen.
- Automatische jährliche Anpassung des Wohngelds an die Preisentwicklung: Das Wohngeld muss dynamisiert und in ein Klimawohngeld umgewandelt werden, damit auch Haushalte mit wenig Einkommen in energetisch sanierten Wohnungen leben können.
- Konsequente Bekämpfung der wachsenden Obdachlosigkeit: Ausbau von Beratungsstellen, Therapieplätzen, Plätzen für betreutes Wohnen und mehr Sozialarbeiter*innen. Aufbau von kommunalen Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungsverlust. Festlegung eines bestimmten Anteils sozialgebundener Wohnungen zur Versorgung wohnungsloser Haushalte.
- Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit: Wohnungsunternehmen verpflichten sich gegen Steuererlass mindestens 90 Prozent ihrer Wohnungen auf Dauer zu beschränkten Preisen zu vermieten, die auszuschüttende Rendite auf vier Prozent zu begrenzen und das Firmenvermögen nur für den Wohnungsbau einzusetzen.
- Gemeinschaftsaufgabe Wohnen: Verstetigung der Beteiligung des Bundes an den Finanzmitteln für die soziale Wohnraum- und die Städtebauförderung. Errichtung eines Bundesfonds für Investitionszulagen für Städtische Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften.

6. Neues soziales Sicherungssystem

Was falsch läuft

Die Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus zeigen deutlich, wie sehr unser Leben von Deregulierung, Privatisierung, Ökonomisierung und vom Abbau des Sozialstaats betroffen ist. Alle wichtigen Lebensbereiche der Daseinsvorsorge - bei der es um die Versorgung von Menschen geht wie in der Pflege, in Krankenhäusern, dem Gesundheitswesen - kollabieren momentan. Profitmaximierung und Kostenminimierung führen zu einer immer schlechter werdenden Krankenversorgung. Die Folgen waren und sind z.B. Klinikschließungen, Personaleinsparungen, unzureichende Betreuung. Unser Krankenversicherungssystem braucht einen Neustart. Eine Zwei-Klassen-Medizin, in der die gesundheitliche Betreuung immer mehr vom Geldbeutel abhängig ist, dürfen wir uns nicht mehr leisten.

Wenn wir uns insgesamt die wichtigsten Säulen in der Sozialversicherung anschauen, haben wir das Problem, dass sich sowohl in der Renten- als auch in der Krankenversicherung besonders gutverdienende Gruppen aus dem Solidarsystem verabschiedet haben. In der Rentenversicherung erwerben dafür Menschen, die in Teilzeit oder im Niedriglohnbereich gearbeitet haben oder nicht ununterbrochen 45 Jahre beschäftigt waren, keine ausreichenden Rentenansprüche mehr. Private Vorsorge können sich viele Menschen nicht leisten. Zudem macht man sich von einem extrem anfälligen Finanzsystem abhängig. Die Riesterreente hat nachweislich versagt. Unser Rentensystem ist schon seit Jahren auf dem falschen Weg. Das müssen wir rückgängig machen.

Wie es besser geht

Niemand sollte Angst davor haben, dass die staatliche Absicherung nicht ausreicht. In Österreich beispielsweise wurde die Frage der Alterssicherung wesentlich konsequenter angegangen. Dort gibt es eine Art Bürgerversicherung für alle Erwerbseinkommen, also auch für Selbstständige und Beamte. Das durchschnittliche gesetzliche Rentenniveau ist mit 78 Prozent deutlich höher als in Deutschland. Hier erhält eine Person mit durchschnittlichem Gehalt lediglich 38 Prozent (Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages 2019).

Auch die Gesundheitsversorgung ist ein basales Recht. Kapazitäten und die Finanzierung der Gesundheitssysteme müssen flexibler sein, um außergewöhnlichen Notfällen wie Epidemien Rechnung zu tragen. Es darf in der Krankenversicherung keinen Graben zwischen Arm und Reich geben. Staatliche Sicherungssysteme sollten zudem auf die Solidarität aller fußen, daher sollten für alle die gleichen Regeln gelten. Bei der schrittweisen Schaffung eines Systems, in das wirklich alle einzahlen, sind Übergangsmöglichkeiten für alle vorzusehen.

Meine konkreten Forderungen

Bei der Rentenversicherung gilt:

- Systemwechsel hin zu einer Erwerbstätigenversicherung: alle zahlen ein, also auch Selbständige, Ärzt*innen, Anwälte, Beamte und Politiker*innen, und alle erhalten eine Absicherung, die sich nach denselben Kriterien berechnet.
- Solidarische Grundrente nach dem österreichischen Modell.
- Erhöhung des Rentenniveaus: Das Rentenniveau muss mind. 50 Prozent betragen, damit Menschen beim Renteneintritt nicht völlig den Boden unter den Füßen verlieren.
- Abschaffung der Bedarfsprüfung bei der Grundrente.
- Mit einer Erhöhung des Rentenniveaus darf keine Erhöhung der Beitragssätze einhergehen. Durch eine Ausweitung der Beitragszahlenden durch eine Erwerbstätigenversicherung ist das möglich.
- Veränderung der Rentenanpassungsformel: Die Renten müssen der Lohnentwicklung unmittelbar folgen, Zeit für Kindererziehung muss stärker berücksichtigt werden. Dämpfungsfaktoren sind zu streichen.

Bei der Krankenversicherung gilt:

- Eine einheitliche und solidarische Bürgerinnenversicherung: alle zahlen ein, also auch Beamte, Gutverdienende, Selbständige und Freiberufler*innen, und alle erhalten die gleiche Absicherung. Damit wären Lebensbereiche der Daseinsvorsorge finanziell besser ausgestattet und in Fällen wie Corona handlungsfähiger.
- Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung auf das Niveau der Rentenversicherung erhöhen: Der Beitragssatz könnte damit für alle entsprechend gesenkt werden.
- Das gesamte Zuzahlungssystem kritisch überprüfen: Leistungen wie Sehhilfen, Hörgeräte oder Zahnspangen und Zahnersatz sollten als Sachleistung in den Katalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen werden, auch wenn das mit höheren Ausgaben verbunden ist. Sie gehören zur basalen Gesundheitsversorgung dazu und sind keine Luxusprodukte.
- Krankenkassenbeiträge für Studierende dürfen nicht so unverhältnismäßig stark steigen: Die aktuelle Erhöhung um etwa 15 Prozent von 92 Euro auf 106 Euro ist für alle Studierenden deutlich spürbar. Die Beiträge werden an den Bafög-Satz gekoppelt, allerdings erhält überhaupt nur jeder fünfte Studierende Bafög.

IMPRESSUM UND KONTAKT

Verantwortlich: Marco Bülow, MdB

Wahlkreis-Büro: Gutenbergstraße 68, 44139 Dortmund
Homepage: www.marco-buelow.de
E-Mail: marco.buelow@bundestag.de
Tel: 0231 / 476699-0

Facebook: facebook.com/marco.buelow
Twitter: [@marcobuelow](https://twitter.com/marcobuelow)
YouTube: youtube.de/MarcoBülowKlartext